

Vordrucke zur Durchführung der Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit gemäß der Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit in der Fassung vom 8. November 2005 (GBl. S. 685)

### **Inhaltsverzeichnis:**

Muster 1: Bekanntgabe der Wählerinnenliste

Muster 2: Wahlausschreiben

Muster 3: Bewerbungsformular

Muster 4: Bekanntgabe der Nachfrist für Bewerbungen

Muster 5: Bekanntgabe über das „Nichtstattfinden“ der Wahl

Muster 6: Bekanntgabe der gültigen Bewerbungen

Muster 7: Stimmzettel

Muster 8: Erklärung zur Briefwahl

Muster 9: Briefwahlumschlag

Muster 10: Merkblatt zur Briefwahl

Muster 11: Merkblatt zur Briefwahl (bei angeordneter ausschließlicher Briefwahl)

Muster 12: Niederschrift über das Wahlergebnis

Muster 13: Benachrichtigung über die Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit

Muster 14: Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit

Die Vordrucke gelten für die Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit entsprechend. (vgl. § 13 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

**Muster 1:**

**Bekanntgabe der Wählerinnenliste**

(§ 7 Abs. 3 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....

(Dienststelle)

.....

(Ort, Datum)

**Wählerinnenliste für die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit /**

**Stellvertreterin am .....**

| lfd.<br>Nr. | Familienname | Vorname |
|-------------|--------------|---------|
| 1           |              |         |
| 2           |              |         |
|             |              |         |
|             |              |         |
|             |              |         |

Jede Wahlberechtigte kann bis ..... beim Wahlvorstand.....  
(Ort) schriftlich Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerinnenliste einlegen (§ 7 Abs. 3 Satz 2 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit). Maßgebend für den rechtzeitigen Eingang ist der Zugang. Der Wahlvorstand entscheidet über die Einsprüche und berichtigt die Wählerinnenliste, wenn der Einspruch begründet ist.

.....

(Unterschrift Vorsitzende/r  
Wahlvorstand)

.....

(Unterschrift)

.....

(Unterschrift)

Ausgehängt am: .....

Abgenommen am: .....

**Muster 2:**

**Wahlausschreiben**

(§ 7 Abs. 4 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....

(Dienststelle)

.....

(Ort, Datum)

**Wahlausschreiben**

Die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit und/oder ihrer Stellvertreterin wird vom Wahlvorstand durchgeführt, dem folgende Mitglieder angehören:

1. .... als Vorsitzende/r  
(Name, Vorname, Organisationseinheit, Anschrift)
2. ....  
(Name, Vorname, Organisationseinheit, Anschrift)
3. ....  
(Name, Vorname, Organisationseinheit, Anschrift)

\*) Die Wahl findet am ....., dem ..... von ..... Uhr bis ..... Uhr in ..... statt.

\*) Dieser Satz ist zu streichen, wenn die Dienststelle gemäß § 5 Abs. 2 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit angeordnet hat, dass ausschließlich die Briefwahl stattfinden soll.

**Wahlberechtigt** sind alle weiblichen Beschäftigten der Dienststelle, die in die Wählerinnenliste eingetragen sind.

Die **Wählerinnenliste** wird von heute ab bis zum Ablauf des Wahltags.....  
(Ort des Aushangs) ausgehängt.

Jede Wahlberechtigte kann innerhalb von zwei Wochen seit Erlass dieses Wahlausschreibens beim Wahlvorstand..... (Ort) schriftlich **Einspruch** gegen die Richtigkeit der Wählerinnenliste einlegen. Der Wahlvorstand berichtigt die Wählerinnenliste, wenn der Einspruch begründet ist. Je ein Abdruck des **Chancengleichheitsgesetzes** und der **Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit** sind von heute ab bis zur Bekanntmachung des Wahlergebnisses an derselben Stelle wie die Wählerinnenliste ausgehängt.

**Wählbar** sind alle weiblichen Beschäftigten der Dienststelle.

**Bewerbungen für das Amt der Beauftragten für Chancengleichheit und/oder deren Stellvertreterin** sind bis zum ..... gegenüber dem Wahlvorstand ..... (Ort) abzugeben. Bewerbungsformulare können beim Wahlvorstand angefordert werden.

Die Liste mit den gültigen Bewerbungen wird..... (Ort des Aushangs) bis zum Ablauf des Wahltags ausgehängt.

Jede Wahlberechtigte hat nur **jeweils eine Stimme** für die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit und für die Wahl der Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit. Die Wahl erfolgt durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum. Die Stimmabgabe ist an die rechtzeitigen Bewerbungen gebunden.

Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, erhalten auf Antrag zum Zwecke der **Briefwahl** vom Wahlvorstand ausgehändigt oder übersandt

- das *Wahlausschreiben*
- den *Stimmzettel* und den *Wahlumschlag*

- einen größeren *Freiumschlag*, der die Anschrift des Wahlvorstands und als Absender den Namen und die Anschrift der wahlberechtigten Beschäftigten sowie den Vermerk „Briefwahl“ trägt,
- eine vorgedruckte, von der Wählerin gegenüber dem Wahlvorstand abzugebende *Erklärung*, in der diese gegenüber dem Wahlvorstand versichert, dass sie den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat oder, soweit sie durch ein körperliches Gebrechen in der Stimmabgabe behindert ist, durch eine Person ihres Vertrauens hat kennzeichnen lassen, wobei Mitglieder des Wahlvorstandes, Hilfskräfte und Personen, die sich für das Amt der Beauftragten für Chancengleichheit oder deren Stellvertreterin bewerben, nicht zur Hilfeleistung herangezogen werden dürfen sowie
- ein *Merkblatt* über die Art und Weise der Briefwahl.

Ggf: Die Dienststelle hat gemäß § 5 Abs. 2 der Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit angeordnet, dass ausschließlich die Briefwahl stattfinden soll. In diesem Fall sind die o. g. Unterlagen spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag allen Wahlberechtigten auszuhändigen oder zu übersenden.

Die Wahlumschläge müssen dem Wahlvorstand am..... (Datum) bis spätestens ..... (Uhrzeit) vorliegen.

Sämtliche **Erklärungen** sind gegenüber dem Wahlvorstand..... (Ort) abzugeben.

Die **Stimmenauszählung** durch den Wahlvorstand, gegebenenfalls mit Unterstützung der Hilfskräfte, findet unverzüglich nach Abschluss der Wahl..... (Ort) statt. Der Wahlvorstand stellt im Anschluss daran das **Ergebnis** fest.

Die Stimmenauszählung und die Feststellung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

.....  
(Unterschrift Wahlvorstand)

.....  
(Unterschrift Wahlvorstand)

Ausgehängt am: .....

Abgenommen am: .....

**Muster 3:**

**Bewerbungsformular**

(§ 8 Abs. 1 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....

(Dienststelle)

.....

(Ort, Datum)

Hiermit bewerbe ich mich für das Amt der

**Beauftragten für Chancengleichheit**

**Stellvertreterin** der Beauftragten für Chancengleichheit

Familienname:

.....

Vorname:

.....

Art der Beschäftigung:

.....

Dienststelle:

.....

Dienstort:

.....

.....

(Ort, Datum)

.....

(Unterschrift)

Die Bewerbung ist bis spätestens ..... (Datum) beim Wahlvorstand einzureichen.

**Muster 4:**

**Bekanntgabe der Nachfrist für Bewerbungen**  
(§ 8 Abs. 2 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

Innerhalb der im Wahlausschreiben bekannt gegebenen Frist ist keine gültige Bewerbung eingegangen.

Nach § 8 Abs. 2 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit werden die weiblichen Beschäftigten der Dienststelle aufgefordert, innerhalb einer Nachfrist von **einer Woche** während der Dienststunden, **spätestens am** ....., **dem** ....., **bis** ..... beim Wahlvorstand  
(Tag) (Datum) (Uhrzeit)  
..... (Ort)

ihre Bewerbung einzureichen. Maßgebend für den rechtzeitigen Eingang ist der Zugang. Auf die Angaben im Wahlausschreiben über Inhalt und Form der Bewerbung wird hingewiesen.

Geht auch innerhalb dieser Nachfrist keine gültige Bewerbung ein, so findet keine Wahl statt.

Geht innerhalb dieser Nachfrist nur eine gültige Bewerbung ein, kann die Dienststelle von der weiteren Durchführung des Wahlverfahrens absehen.

.....  
(Unterschrift Vorsitzende/r  
Wahlvorstand)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am: .....

Abgenommen am: .....

**Muster 5:**

**Bekanntgabe über das Nichtstattfinden der Wahl**  
(§ 8 Abs. 3 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der  
Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

Innerhalb der Nachfrist ist keine gültige Bewerbung eingegangen.

Eine Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin findet somit nicht statt.

.....  
(Unterschrift Vorsitzende/r  
Wahlvorstand)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am: .....

Abgenommen am: .....



**Muster 6:**

**Bekanntgabe der gültigen Bewerbungen**

(§ 8 Abs. 4 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

Innerhalb der Bewerbungsfrist (§ 8 Abs. 1 und 2 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit) sind folgende gültige Bewerbungen für das Amt der Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin eingegangen:

**1. Beauftragte für Chancengleichheit**

| lfd. Nr. | Familienname | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort |
|----------|--------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|
| 1        |              |         |                       |              |           |
| 2        |              |         |                       |              |           |
| usw.     |              |         |                       |              |           |

**2. Stellvertreterin**

| lfd. Nr. | Familienname | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort |
|----------|--------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|
| 1        |              |         |                       |              |           |
| 2        |              |         |                       |              |           |
| usw.     |              |         |                       |              |           |

.....  
(Unterschrift Vorsitzende/r  
Wahlvorstand)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am: .....

Abgenommen am: .....

**Muster 7: Stimmzettel**  
(§ 9 Abs. 1 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

**Hinweis:** Gemäß § 16 Abs. 3 ChancenG werden die Beauftragte für Chancengleichheit und ihre Stellvertreterin in getrennten Wahlgängen gewählt. Für die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit sowie für die Wahl der Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit ist daher jeweils ein eigener Stimmzettel erforderlich.

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

**Stimmzettel**  
**für die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin**

am .....

**Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit/ Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit**

| lfd. Nr. | Familienname | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort | *) |
|----------|--------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|----|
| 1        | A....        |         |                       |              |           | •  |
| 2        | B....        |         |                       |              |           | •  |
| usw.     |              |         |                       |              |           | •  |

\*)

Die Person, die gewählt werden soll, ist durch ein zu ihrem Namen gesetztes Kreuz zu bezeichnen.

**Es darf nur eine Stimme für die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit/ eine Stimme für die Wahl der Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit abgegeben werden.** Stimmzettel, auf denen mehr als eine Person als Beauftragte für Chancengleichheit / mehr als eine Person als Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit angekreuzt sind, sind ungültig.

Personen, die auf diesem Stimmzettel nicht aufgeführt sind, können nicht gewählt werden.

Nach erfolgter Wahl wird der Stimmzettel in den Wahlumschlag gelegt und dem mit der Entgegennahme der Wahlumschläge betrauten Mitglied des Wahlvorstandes übergeben, das den ungeöffneten Wahlumschlag in Gegenwart der Wählerin in die Wahlurne einwirft.

**Muster 8:**

**Erklärung zur Briefwahl**

(§ 10 Abs. 1 Ziff. 3 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Vorname, Familienname  
der Wählerin)

.....  
(Ort)

.....  
(Datum)

Zu meiner Briefwahl (§ 10 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit) für die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin

bei .....  
(Dienststelle)

am .....  
(Datum)

erkläre ich, dass ich den Stimmzettel für diese Wahl

\*)

- persönlich gekennzeichnet habe.
- unter den Voraussetzungen des § 9 Abs. 8 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit durch eine Person meines Vertrauens habe kennzeichnen lassen.

.....  
(Unterschrift der Wählerin)

\*) Zutreffendes ankreuzen

**Muster 9:**

**Briefwahlumschlag**

(§ 10 Abs. 1 Ziff. 4 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

**DIN A 5 - Freiumschlag**

Absenderin: Jutta Muster  
Musterstr. 1  
71782 Stuttgart

**Briefwahl**

An den Wahlvorstand  
für die Wahl der Beauftragten für Chancengleich-  
heit/Stellvertreterin  
beim ..... (Dienststelle, Ort)

**Hinweis:** Der Briefwahlumschlag sollte postversandgerecht gestaltet sein (Anschrift der Dienststelle und Briefporto)

**Muster 10:**

**Merkblatt zur Briefwahl**

(§ 10 Abs. 1 Ziff. 5 der Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

- I. Eine Wahlberechtigte, die an der persönlichen Stimmabgabe verhindert ist, erhält auf ihren Wunsch vom Wahlvorstand
1. das Wahlausschreiben,
  2. den Stimmzettel und den Wahlumschlag,
  3. eine vorgedruckte, von der Wählerin gegenüber dem Wahlvorstand abzugebende Erklärung, dass sie den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat oder unter den Voraussetzungen des § 9 Abs. 8 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit durch eine Person ihres Vertrauens hat kennzeichnen lassen (vgl. Abschn. III),
  4. einen größeren Freiumschlag mit der Anschrift des Wahlvorstands, mit dem Namen und der Anschrift der Wählerin als Absenderin sowie mit dem Vermerk „Briefwahl“,
  5. eine Fertigung dieses Merkblatts,
- ausgehändigt oder übersandt.
- II. Im Falle der Briefwahl gibt die Wählerin ihre Stimmen in der Weise ab, dass sie
1. auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen von Name zu erkennen gibt, für welche Bewerberin sie stimmt,
  2. den nach Nr. 1 zur Stimmabgabe verwendeten Stimmzettel in den Wahlumschlag legt und diesen verschließt,
  3. die vorgedruckte Erklärung unter Angabe des Ortes und des Datums unterschreibt,
  4. den Wahlumschlag, in den die Wählerin den Stimmzettel gelegt hat (Nr. 2), und die unterschriebene vorgedruckte Erklärung (Nr. 3) in den ihr vom Wahlvorstand übergebenen, freigemachten Wahlbriefumschlag legt, diesen verschließt und so rechtzeitig an den örtlichen Wahlvorstand absendet oder übergibt, dass er vor Abschluss der Wahl vorliegt.
- III. Eine Wählerin, die infolge einer Behinderung in der Stimmabgabe beeinträchtigt ist, bestimmt eine Person ihres Vertrauens, deren sie sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und erklärt dies gegenüber dem Wahlvorstand. Mitglieder des Wahlvorstandes, Hilfskräfte (§ 7 Abs. 2 Satz 4 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit) und Personen, die sich für das Amt der Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin bewerben, dürfen nicht zur Hilfeleistung herangezogen werden. Die Hilfe hat sich auf die Erfüllung der Wünsche der Wählerin zur Stimmabgabe zu beschränken. Die Vertrauensperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung erlangt hat.

**Muster 11:**

**Merkblatt zur Briefwahl bei angeordneter ausschließlicher Briefwahl**

(§ 5 Abs. 2 i. V. m. § 10 Abs. 1 Ziff. 5 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

I. Die Wahlberechtigte erhält vom Wahlvorstand

1. das Wahlausschreiben,
2. den Stimmzettel und den Wahlumschlag,
3. eine vorgedruckte, von der Wählerin gegenüber dem Wahlvorstand abzugebende Erklärung, dass sie den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat oder unter den Voraussetzungen des § 9 Abs. 8 der o. g. Verordnung durch eine Person ihres Vertrauens hat kennzeichnen lassen (vgl. Abschn. III),
4. einen größeren Freiumschlag mit der Anschrift des Wahlvorstands, mit dem Namen und der Anschrift der Wählerin als Absenderin sowie mit dem Vermerk „Briefwahl“,
5. eine Fertigung dieses Merkblatts,

ausgehändigt oder übersandt.

II. Die Wählerin gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie

1. auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen von Name zu erkennen gibt, für welche Bewerberin sie stimmt,
2. den nach Nr. 1 zur Stimmabgabe verwendeten Stimmzettel in den Wahlumschlag legt und diesen verschließt,
3. die vorgedruckte Erklärung unter Angabe des Ortes und des Datums unterschreibt,
4. den Wahlumschlag, in den die Wählerin den Stimmzettel gelegt hat (Nr. 2), und die unterschriebene vorgedruckte Erklärung (Nr. 3) in den ihr vom Wahlvorstand übergebenen, freigemachten Wahlbriefumschlag legt, diesen verschließt und so rechtzeitig an den örtlichen Wahlvorstand absendet oder übergibt, dass er vor Abschluss der Wahl vorliegt.

III. Eine Wählerin, die infolge einer Behinderung in der Stimmabgabe beeinträchtigt ist, bestimmt eine Person ihres Vertrauens, deren sie sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und erklärt dies gegenüber dem Wahlvorstand. Mitglieder des Wahlvorstandes, Hilfskräfte (§ 7 Abs. 2 Satz 4 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit) und Personen, die sich für das Amt der Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin bewerben, dürfen nicht zur Hilfeleistung herangezogen werden. Die Hilfe hat sich auf die Erfüllung der Wünsche der Wählerin zur Stimmabgabe zu beschränken. Die Vertrauensperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung erlangt hat.

**Muster 12:**

**Niederschrift über das Wahlergebnis**

(§ 11 Abs. 2 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

**Niederschrift über das Wahlergebnis**

Dem **Wahlvorstand** gehören an:

- 1. .... als Vorsitzende/r
- 2. ....
- 3. ....

Als **Hilfskräfte** waren bestellt:

- 1. ....
- 2. ....
- 3. ....

Bei der Auswertung der Stimmzettel wurde folgendes **Ergebnis** festgestellt:

- 1. In das Wählerinnenverzeichnis sind eingetragen: .....
- 2. Davon haben gewählt: .....
- 3. Zahl der ungültigen Stimmzettel (insgesamt): .....
- 4. Zahl der gültigen Stimmzettel (insgesamt): .....
- 5. Zahl der auf die einzelnen Bewerbungen entfallenden Stimmen für die Beauftragte für Chancengleichheit:

| Nr.  | Familiename | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort | Stimmenanzahl |
|------|-------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|---------------|
| 1    | A....       |         |                       |              |           |               |
| 2    | B....       |         |                       |              |           |               |
| usw. |             |         |                       |              |           |               |

6. Zahl der auf die einzelnen Bewerbungen entfallenden Stimmen für die Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit

| Nr.  | Familienname | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort | Stimmenanzahl |
|------|--------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|---------------|
| 1    | A....        |         |                       |              |           |               |
| 2    | B....        |         |                       |              |           |               |
| usw. |              |         |                       |              |           |               |

Als **Beauftragte für Chancengleichheit** wurde damit gewählt:

.....

Als **Stellvertreterin** der Beauftragten für Chancengleichheit wurde damit gewählt:

.....

.....

(Unterschrift Vorsitzende/r  
Wahlvorstand)

.....

(Unterschrift)

.....

(Unterschrift)



**Muster 13:**

**Benachrichtigung über die Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit**

(§ 11 Abs. 3 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

An

**Ergebnis der Wahl**

Sehr geehrte .....,

bei der Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit

der/des ..... (Dienststelle)

in ..... (Dienstort)

am ..... (Datum)

sind Sie als Beauftragte für Chancengleichheit/Stellvertreterin gewählt worden.

Wir beglückwünschen Sie zu Ihrer Wahl.

**Bitte senden Sie beiliegende Empfangsbestätigung unverzüglich zurück.**

*Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahl als angenommen gilt, wenn nicht innerhalb von drei Arbeitstagen nach Zugang dieser Benachrichtigung gegenüber dem Wahlvorstand die Ablehnung der Wahl erklärt wird.*

Mit freundlichen Grüßen

.....  
(Unterschrift Vorsitzende/  
Wahlvorstand)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

## Empfangsbestätigung

Hiermit bestätige ich, dass ich die Benachrichtigung über die Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin erhalten habe.

.....  
(Ort, Datum) Unterschrift

.....  
(Vor- und Zuname)

**Muster 14:**

**Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit**

(§ 11 Abs. 5 Verordnung der Landesregierung über die Wahl der Beauftragten für Chancengleichheit)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Ort, Datum)

**Bekanntgabe des Ergebnisses der  
Wahl zur Beauftragten für Chancengleichheit/Stellvertreterin  
am .....**

1. In das Wählerinnenverzeichnis sind eingetragen: .....
2. Davon haben gewählt: .....
3. Zahl der ungültigen Stimmzettel (insgesamt): .....
4. Zahl der gültigen Stimmzettel (insgesamt): .....
  
5. Zahl der auf die einzelnen Bewerbungen entfallenden Stimmen für die Beauftragte für Chancengleichheit:

| Nr.  | Familienname | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort | Stimmenanzahl |
|------|--------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|---------------|
| 1    | A....        |         |                       |              |           |               |
| 2    | B....        |         |                       |              |           |               |
| usw. | C....        |         |                       |              |           |               |

6. Zahl der auf die einzelnen Bewerbungen entfallenden Stimmen für die Stellvertreterin der Beauftragten für Chancengleichheit:

| Nr.  | Familienname | Vorname | Art der Beschäftigung | Dienststelle | Dienstort | Stimmenanzahl |
|------|--------------|---------|-----------------------|--------------|-----------|---------------|
| 1    | A....        |         |                       |              |           |               |
| 2    | B....        |         |                       |              |           |               |
| usw. | C....        |         |                       |              |           |               |

Als **Beauftragte für Chancengleichheit** wurde damit gewählt:

.....

Als **Stellvertreterin** der Beauftragten für Chancengleichheit wurde damit gewählt:

.....

.....  
(Unterschrift Vorsitzende/r  
Wahlvorstand)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am: .....

Abgenommen am: .....